



Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus und ihr möglicher Wert für P/CVE – verschiedene Ansätze innerhalb der EU

Verfasst von **Luca Guglielminetti** und **Miriam Attias**,
Mitglieder des RAN-Expertenpools

Radicalisation Awareness Network



Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus und ihr möglicher Wert für P/CVE – verschiedene Ansätze innerhalb der EU

Dieser Beitrag ist auch online und auf Französisch verfügbar:

https://ec.europa.eu/home-affairs/networks/radicalisation-awareness-network-ran/publications_de

Originalsprache des Beitrags ist Englisch.

RECHTLICHER HINWEIS

Dieses Dokument wurde für die Europäische Kommission erstellt, spiegelt jedoch nur die Ansichten seiner AutorInnen wider. Die Europäische Kommission ist nicht haftbar für die Folgen einer Weiterverwendung dieser Publikation. Weitere Informationen zur Europäischen Union finden Sie online unter <http://www.europa.eu>.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2021

© Europäische Union, 2021



Die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten wird durch den Beschluss der Kommission 2011/833/EU vom 12. Dezember 2011 geregelt (ABl. L 330, 14.12.2011, S. 39). Sofern nicht anders angegeben, unterliegt die Weiterverwendung dieses Dokuments der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung 4.0 International“ (CC-BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>). Das bedeutet, dass Sie dieses Material unter Angabe des Urhebers oder der Urheberin und Kenntlichmachung von Änderungen nutzen dürfen.

Zur Nutzung oder Vervielfältigung von Elementen, die nicht Eigentum der Europäischen Union sind, muss ggf. die Erlaubnis der jeweiligen Rechteinhaber eingeholt werden.

Zweck dieses Beitrags und Hintergrundfaktoren

Die Mitgliedstaaten der EU haben mehr als ein Jahrhundert lang verschiedene Arten von Krieg, Gewalt und Terrorismus erlebt und gehen ganz unterschiedlich an das Andenken an diese Konflikte heran.

Schwerpunktmäßig geht es in diesem Beitrag darum, wie Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus im Zusammenhang mit der Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus (P/CVE) genutzt werden. Dazu werden die gängigsten Ansätze in verschiedenen Mitgliedstaaten beleuchtet und Empfehlungen für PraktikerInnen gegeben, die an vorderster Front in Bereichen arbeiten, in denen Gedenkstätten eine Rolle spielen könnten (z. B. pädagogische Fachkräfte, lokale Behörden, GemeindearbeiterInnen, MitarbeiterInnen in Ausstiegsprogrammen, BewährungshelferInnen, SozialarbeiterInnen), sowie für EntscheidungsträgerInnen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene, die für ihre eigenen Pläne und Rahmenwerke aus den Erfahrungen der EU-Mitgliedstaaten und anderer Länder lernen möchten.

Die Definitionen von „Opfer“ und „Terrorismus“ werden sowohl akademisch als auch politisch diskutiert. Für P/CVE-Richtlinien und -Strategien gibt es in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedliche Ansätze und auch der historische Hintergrund, der politische Kontext und die Gewalterlebnisse unterscheiden sich. Daher umfasst dieser Beitrag Hinweise zu weiterführender Literatur sowie eine Bibliografie für LeserInnen, die zu den zahlreichen Aspekten dieses Themas mehr erfahren möchten.

Vorhandene Gedenkstätten, z. B. solche für die Opfer des Holocaust bzw. der Schoa, werden häufig über die Erinnerung an die Opfer hinaus als Bildungsangebote verstanden und genutzt. Wie diese Gedenkstätten jedoch als direktere Unterstützung von P/CVE eingesetzt werden könnten, wurde bisher kaum überlegt. Daher enthält dieser Beitrag einen Überblick über einen vergleichsweise wenig beachteten Aspekt von P/CVE sowie eine Sammlung und Beschreibung interessanter Ansätze und Erkenntnisse, um zu zeigen, wie Gedenkstätten in Zukunft genutzt werden können, um die Art und Weise, wie Gesellschaften mit dem gemeinsamen Trauma des Terrorismus umgehen, zu verbessern. Für die folgende Analyse wurden die neuesten Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus als aktuellster Bereich der Erinnerungskultur herangezogen. Außerdem verwenden wir die theoretischen Ergebnisse der Gedächtnisforschung, die eine Vielzahl von Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften umfasst und historische Fälle von Museen und Denkmälern in ganz Europa analysiert hat.

Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus errichten – was, wann, von wem und für wen

Wenn wir von Gedenkstätten sprechen, geht es in Wirklichkeit um eine Vielzahl von Dingen, über deren Merkmale es sich lohnt nachzudenken. Gedenkstätten können Veranstaltungen oder Orte sein: physische oder virtuelle/digitale Objekte (oder beides), öffentliche oder private Räume, temporäre oder dauerhafte Veranstaltungen, eine Sammlung von Schriftstücken (als schriftliches Zeugnis) oder auch eine Gruppe von Menschen (als mündliches Zeugnis). In der Regel denken wir bei einer Gedenkstätte an ein Museum, ein Denkmal, eine Gedenktafel oder einen „Stolperstein“, aber das, was um diese Objekte herum geschieht, und die jeweiligen Zielgruppen, sind ebenfalls Teil der Gedenkstätte. Dazu gehören unter anderem Gedenkfeiern, Reden, Augenzeugenberichte, Lesungen, künstlerische Veranstaltungen, Diskussionsrunden sowie didaktische und P/CVE- Aktivitäten.

Gedenkstätten können mindestens drei Zwecke haben: Sie dienen als Räume der Trauer für die Opfer, ihre Familien und die betroffenen Gemeinschaften, als Räume für eine breitere Zielgruppe wie SchülerInnen und Jugendliche, um auf ein historisches Ereignis aufmerksam zu machen, und sie können dazu genutzt werden, gewaltbereiten Extremismus zu unterbinden, wenn sie als Dialogräume zur Verhinderung von Polarisierung eingesetzt werden. Beim Bau von Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus in Europa gibt es eine Vielzahl von Erfahrungen, die wiederum von einer ebenso großen Zahl an Faktoren, welche die Entscheidungsfindung beeinflussen, abhängen. Der Versuch, die wichtigsten aufzulisten, liefert einen

Rahmen für die anschließende Bewertung der Rolle, die diese Gedenkstätten bei der Prävention von gewaltbereitem Extremismus haben oder spielen könnten.

Aber was sind die entscheidenden Faktoren, die bei der Gestaltung und dem Bau von Gedenkstätten und den darin ausgeübten Handlungen berücksichtigt werden sollten? Nach Ansicht der VerfasserInnen dieses Beitrags sind es Zeit, Verantwortung, Narrative für das Gedenken und die wichtige Rolle Europas.

Zeit

Die Erinnerung an Konflikte oder Gewalt wird von der Zeit beeinflusst. Sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene verursachen Konflikte Traumata, die überwunden werden müssen. Hierbei geht es nicht nur um psychotraumatologische, posttraumatische oder Resilienzstrategien gegenüber politischer Gewalt, sondern auch um historische Analysen und politische Chancen. Der Historiker Enzo Traverso (2001) hat festgestellt, dass im Fall von Kolyva, Auschwitz und Hiroshima die wichtigsten Analysen dieser Vorfälle erst lange später stattfanden. Da traumatische historische Fakten Zeit brauchen, um von WissenschaftlerInnen wirklich verstanden zu werden, ist auch eine Erinnerungspolitik in zeitlicher Nähe zu Ereignissen wie der Schoa und des Terrorismus des 20. Jahrhunderts kaum zu finden.

In einer aktuellen vergleichenden Untersuchung beschreibt Agata Serranò den Status von Opfern des Terrorismus als lange Zeit „unsichtbar“:

Die Opfer des Terrorismus in Spanien, dem Vereinigten Königreich und Italien blieben in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts „unsichtbar“. Erst am Ende des 20. und zu Beginn des neuen Jahrhunderts begannen die Gesellschaft und der Gesetzgeber auf Betreiben der Opfer selbst, ihre Herangehensweise an die Opfer des Terrorismus zu korrigieren ⁽¹⁾.

Darüber hinaus braucht der politische Entscheidungsprozess Zeit, um den „richtigen Moment“ zu finden, wenn der Konflikt als beendet betrachtet werden und die Erinnerung beginnen kann. Im Gegensatz zu Kriegen gibt es bei Terrorismus keinen „klassischen“ Friedensvertrag: Das Ende von Terrorismus ist oft eine Frage politischer Chancen für Schlichtung und/oder Aussöhnung, was eine lange Zeit dauern kann. Außerdem kann es passieren, dass nach dem Ende des offiziellen Friedensprozesses ein weiterer Terroranschlag stattfindet. So geschehen bei dem Bombenanschlag von Omagh in Nordirland am 15. August 1998, nur 13 Wochen nach dem Karfreitagsabkommen. Dieser führte in den folgenden Jahrzehnten zu Kontroversen auch hinsichtlich Gedenkstätten zwischen Angehörigen der Opfer und dem von Sinn Féin dominierten Stadtrat ⁽²⁾. Andererseits sehen wir nach Terroranschlägen in der EU sowohl vorübergehende Erinnerungsstätten, an denen Menschen Blumen, Kerzen, Botschaften usw. niederlegen, als auch dauerhafte Veranstaltungen oder Orte, die Opferverbände zur Erinnerung an die tragischen Ereignisse einrichten.

Verantwortung

Bei der Erinnerung an Konflikte geht es auch um Verantwortung. Verschiedene AkteurInnen beanspruchen die Rolle von Zeuginnen oder BewahrerInnen der Erinnerung. Die Verantwortung für die Erinnerung an politisch motivierte Gewalt ist natürlich ein sensibles Thema, da alle am Konflikt Beteiligten Narrative und Erinnerungsstätten entwickeln, um ihre Sichtweise zu verdeutlichen. Die Identität der Gruppen steht hier auf dem Spiel. Im Falle von Terrorismus sind die „Verantwortlichen“ in der Regel einerseits die Opfergruppen und andererseits der Staat, wobei es weitere AkteurInnen wie ehemalige TerroristInnen, Opfer von staatlichem Terrorismus oder zivile Oper von Aktivitäten militärischer oder paramilitärischer Einheiten zur Terrorbekämpfung geben kann. Javier Argomaniz und Orla Lynch schreiben dazu im Hinblick auf die Fälle in Nordirland und Spanien:

Eine öffentliche Präsenz der Opfer kann möglicherweise als Instrument fungieren, um eine gemeinsame Erinnerung und Interpretation der Vergangenheit zu fördern, die die Kosten der Gewalt

⁽¹⁾ Serranò, *Las víctimas del terrorismo: de la invisibilidad a los derechos*. [Englische Übersetzung der Buchpräsentation auf Italienisch]

⁽²⁾ Siehe: http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/northern_ireland/6999827.stm

und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft hervorheben. Dies war vor Kurzem in Nordirland der Fall, wo die Frage der sterblichen Überreste der Opfer die politische Auseinandersetzung und die Berichterstattung in der Region dominiert hat (McDonald, 2014). Dass es dazu kommt, ist jedoch keineswegs sicher, da bestehende gegensätzliche Schuld narrative und verhärtete Positionen verschiedener Gruppierungen in gespaltenen Gesellschaften die Bemühungen um Frieden und Wahrheit beherrschen können. In Nordirland waren und sind die Möglichkeiten der Erinnerungskultur als Mittel zur Förderung der Versöhnung und einer gemeinsamen Geschichte begrenzt: Die Bemühungen waren eindimensional und es gelang nicht, die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden (Dawson, 2011). Auch ... im Baskenland wurden Gedenkveranstaltungen immer wieder durch politische Differenzen zwischen verschiedenen Parteien gestört. Das Vermächtnis der Gewalttaten ist in der Gesellschaft immer noch lebendig und die Schuld wird unterschiedlichen Gruppen zugeschrieben. Dies bedeutet, dass die Opfer als öffentliche VertreterInnen der weltanschaulichen Unterschiede unter den Folgen einer Politisierung leiden müssen. Für manche stellen sie auch ein Hemmnis dar, das verhindert, „die Vergangenheit hinter sich zu lassen“ und eine Vorstellung einer gemeinsamen Wahrheit oder Interpretation vergangener Gewalt, auf die sich alle Mitglieder der Gesellschaft einigen können, zu entwickeln (Hamber, 2003; Breen-Smyth, 2007) ⁽³⁾.

Beispiele für eine gegensätzliche Herangehensweise an den Bau von Gedenkstätten finden wir in Italien und Frankreich. Vor 40 Jahren – bald nach dem Bombenanschlag auf den Hauptbahnhof von Bologna – wurde der Verband, in dem sich die Familienangehörigen der Opfer zusammengeschlossen hatten, zu einer treibenden Kraft bei der Gestaltung von Gedenkstätten und -feiern. Die Soziologin Anna Lisa Tota bezeichnet diesen Verband als „Gedächtnisunternehmer“ mit Unterstützung der Stadtverwaltung, jedoch ohne die des italienischen Staates, da es eine lang anhaltende Kontroverse mit dem Verband von Bologna gibt. Die Regierung konzentriert sich auf die Irreführung staatlicher Stellen bei der strafrechtlichen Verfolgung, die das Aufdecken der Wahrheit unmöglich macht ⁽⁴⁾.

Auch in Frankreich geht eine der ersten Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus auf eine Verbandsinitiative zurück, nämlich die der Familien der Opfer des Bombenanschlags auf den UTA-Flug 772 im Jahr 1989. Heute ist jedoch der französische Staat der Hauptakteur und fördert den Aufbau eines Museums und einer Gedenkstätte, „um allen Opfern des Terrorismus genauso wie anderen Opfern von Konflikten landesweit Respekt zu zollen“ ⁽⁵⁾. Bei der Erinnerungskultur gibt es also entweder einen Bottom-up-Prozess, der von Opferverbänden angestoßen wird, oder einen Top-down-Ansatz, der von den Mitgliedstaaten ausgeht. Dabei sollte jedoch auch die Rolle der Behörden vor Ort berücksichtigt werden. Im Vereinigten Königreich wird zum Beispiel abgesehen vom bereits genannten Fall in Omagh nun auch in London eine Gedenkstätte für die Opfer des Terroranschlags vom 7. Juli 2005 errichtet. Allerdings „weigerte sich die Stadtverwaltung von Manchester 2016 ausdrücklich, des 20. Jahrestags des IRA-Anschlags, der das Stadtzentrum zerstört hatte, zu gedenken“ ⁽⁶⁾. In Italien reagiert die Stadtverwaltung von Turin, anders als die von Bologna, seit 20 Jahren nicht auf Bitten des größten italienischen Opferverbands AIVITER, der in dieser Stadt ansässig ist, ein Denkmal zu errichten. So hat auch das Fehlen von Erinnerungsstätten einen Wert: „Mangelndes Gedenken ist häufig ein mit politischer Bedeutung aufgeladener Akt – manchmal mehr, als wenn eine Gedenkstätte vorhanden wäre“, schreibt Anna Lisa Tota ⁽⁷⁾.

Narrative für das Gedenken

Das Thema Verantwortung impliziert, dass die Gedenkstätten in verschiedene Ausdrucksformen und Medien eingewoben sind und dass diese gemeinsam zu einem Narrativ für das Gedenken beitragen. Die Gedächtnisforschung, die eine Vielzahl von Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften umfasst, hat drei grundlegende Formen des Erinnerns an Konflikte konzeptualisiert:

Bei einer antagonistischen Form der Erinnerung werden Konflikte als Möglichkeit betrachtet, das feindliche Andere zu eliminieren, mit dem Ziel einer konfliktfreien Gesellschaft. Diese wird in der Regel als Bild einer fiktionalisierten Vergangenheit ethnischer Reinheit gedacht. Den Handelnden

⁽³⁾ Argomaniz und Lynch (Hrsg.), *International Perspectives on Terrorist Victimisation. An Interdisciplinary Approach*, S. 8–9.

⁽⁴⁾ Tota, *La città ferita*.

⁽⁵⁾ Siehe: <https://www.vie-publique.fr/rapport/273955-le-musee-memorial-des-societes-face-au-terrorisme>

⁽⁶⁾ Heath-Kelly, *Why refusing to build memorials for terror attacks is a bold political statement*.

⁽⁷⁾ Tota, *La città ferita*, S. 84.

des Narrativs werden die moralischen Kategorien „gut“ und „böse“ zugeschrieben und da Identitäten moralisch essentialisiert werden, ist es nicht möglich, über die eigene konstitutive Rolle bei der Gestaltung von Identität nachzudenken. Die kosmopolitische Form der Erinnerung baut auf dem Verständnis der Welt als einer großen und potenziell harmonischen Einheit auf, die durch eine gemeinsame Kultur basierend auf der Anerkennung der Menschenrechte vereint ist. Die moralischen Kategorien „gut“ und „böse“ werden abstrakten Systemen wie Demokratie und Diktatur zugeschrieben. Die kosmopolitische Erinnerungsform ist äußerst reflektiert, da sie alle Identitäten als konstruiert betrachtet und daher in der Lage ist, über die Perspektiven des Selbst und des Anderen als Opfer nachzudenken. Die agonistische Form der Erinnerung betrachtet Konflikte als ontologisches und grundlegendes Merkmal der menschlichen Gesellschaft, versucht jedoch, die moralische Darstellung des Anderen als Feind aus moralischen Gründen durch gesellschaftliche und politische Kontextualisierung des historischen Konflikts zu dekonstruieren. VertreterInnen der agonistischen Erinnerungsform sind sich außerdem der eigenen Verantwortung für den gesellschaftlichen Diskurs zur Gestaltung nicht nur der Identität des „Wir“, sondern auch der des „Gegners“ sehr bewusst⁽⁸⁾.

Im Rahmen des Horizont-2020-Forschungsprojekts „Unsettling Remembering and Social Cohesion in Transnational Europe“⁽⁹⁾ (UNREST) wurde eine „agonistische Form“ der Erinnerung in Bezug auf die Exhumierung von Massengräbern in Spanien, Polen und Bosnien angewendet. Dabei wurden die möglichen Vorteile agonistischer Darstellungen vergangener Konflikte in Museen durch eine „radikale Multiperspektivität“ im Vergleich zur „einvernehmlichen Multiperspektivität“ der meisten aktuellen Ausstellungen analysiert. Angesichts der Ergebnisse dieses Projekts argumentieren Anna Cento Bull und Hans Lauge Hansen, dass ein Ansatz radikaler Multiperspektivität, der sozio-politische Leidenschaften mithilfe künstlerischer Interventionen und kontrastierender Narrative in den Vordergrund stellt, den „BesucherInnen hilft, die historischen Bedingungen, sozialen Missstände und politischen Bestrebungen zu verstehen, die aus gewöhnlichen Menschen TäterInnen, ZuschauerInnen oder KollaborateurInnen gemacht haben“. Dies „kann zu einem tieferen Verständnis gewalttätiger Konflikte führen und hilfreich sein, um der zunehmenden Verschiebung hin zum antagonistischen Erinnern, bei dem aus Feinden Gegner werden, etwas entgegenzusetzen“⁽¹⁰⁾. Um dieses Ziel geht es auch in dem Ex-post-Beitrag „Die Rolle der Opfer für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts nach einer Phase der Gewalt“ des Radicalisation Awareness Network (RAN). Der politische und historische Hintergrund der von Gewalt oder Terroranschlägen betroffenen europäischen Länder ist zwar sehr unterschiedlich, aber die verschiedenen Konflikte hinterlassen ein langfristiges Erbe, das manchmal zu einer Polarisierung der Erinnerungen führt: „Die Polarisierung der Gesellschaft ist wahrscheinlich die erste Konsequenz aus einer längeren Phase der Gewalt zwischen zwei oder mehr dominierenden Gemeinschaften. Sie zeigt sich im Wesentlichen in zwei gesellschaftlichen Entwicklungen: der geistigen Unterscheidung zwischen „denen und uns“ und, schlimmer noch, dem Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe, die eine andere ausschließt⁽¹¹⁾. Die Antwort der Gedenkstätten ist daher eine Herausforderung, die – zusätzlich zu den fördernden AkteurInnen – Narrative erfordert, die eine Zunahme der Polarisierung verhindern oder ihr zumindest entgegenwirken.

Die wichtige Rolle Europas

Der letzte Faktor, auf den hier eingegangen werden soll, ist die Rolle Europas beim Gedenken an die Opfer des Terrorismus. In der Regel sind es zwar die einzelnen Staaten, die die Erinnerung an Konflikte „verwalten“, aber im Hinblick auf den modernen Terrorismus beobachten wir, dass europäische Stellen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Opfer spielen. Dies bestätigt einen durch wissenschaftliche Studien nachgewiesenen Trend⁽¹²⁾.

⁽⁸⁾ Cento Bull und Hansen, *Agonistic Memory and the UNREST Project*, S. 1–2.

⁽⁹⁾ Siehe das UNREST-Projekt, *Horizont 2020*, finanziert 2016–2019: <http://www.unrest.eu/>

⁽¹⁰⁾ Cento Bull und Hansen, *Agonistic Memory and the UNREST Project*, S. 4, S. 1.

⁽¹¹⁾ Lozano Alía, *Die Rolle der Opfer bei der Stärkung des sozialen Zusammenhalts nach einer Zeit der Gewalt*, S. 2.

⁽¹²⁾ „(D)er Staat ist zwar weiterhin bedeutsam und spielt eine wichtige Rolle bei der Entscheidungsfindung, aber seine Versuche, Erinnerungen zu ‚verwalten‘, finden in einem Kontext statt, in dem Erinnerungen auch durch ‚den Fluss vermittelter Narrative innerhalb und über Staatsgrenzen hinweg‘ (De Cesari und Rigney, 2014, S. 14) sowie durch Interventionen von AkteurInnen der Zivilgesellschaft auf lokaler, nationaler und transnationaler Ebene bedingt sind.“ (Bull und Clarke, 2018, S. 246)

Nach dem Bombenanschlag von Madrid 2004 beschloss das Europäische Parlament, den 11. März als Europäischen Gedenktag für die Opfer des Terrorismus einzuführen. Zu diesem Zeitpunkt hatte keiner der Mitgliedstaaten einen ähnlichen Gedenktag auf nationaler Ebene. Im Jahr 2007 stellte die Kommission im Rahmen des Strafjustizprogramms die weitere Finanzierung sicher, erwartete jedoch auch zusätzliche Maßnahmen. Um den weiteren angemessenen Schutz und die Unterstützung von Opfern des Terrorismus zu gewährleisten, wurde die Gründung eines Netzwerks von Verbänden der Opfer des Terrorismus (Network of Associations of Victims of Terrorism, NAVT) ins Auge gefasst⁽¹³⁾. Die 2009 vom NAVT gebilligte Europäische Charta der Rechte der Opfer des Terrorismus zeigt auf, dass die Erinnerung und das Andenken an die Umstände von Terrorismus ein gemeinsames Ziel und Leitmotiv aller Verbände sind. Ein Kapitel ist dem folgenden Thema gewidmet:

Recht auf Erinnerung

1. Um zu verhindern, dass es je wieder zu solchen Rechtsverletzungen kommt, haben die Opfer und die Gesellschaft das Recht, die Wahrheit zu wissen und nicht wieder zu vergessen.
2. Die Mitgliedstaaten ergreifen alle Maßnahmen, um die Erinnerung an die Opfer zu bewahren, und verhindern Handlungen jeglicher Art, die diese Erinnerung bedrohen oder eine Beleidigung oder Geringschätzung der Opfer darstellen.
3. Die Mitgliedstaaten entwickeln Bildungsprogramme zu den Themen Freiheit, Demokratie und Frieden und unterstützen Opfer dabei, in Schulen und anderen Bildungszentren über ihre Erlebnisse zu sprechen.
4. Die Opfer des Terrorismus haben ein Recht darauf, dass jegliche Rechtfertigung von Terrorismus ausgeschlossen wird, und die Mitgliedstaaten schützen dieses Recht und verfolgen etwaige Verletzungen desselben⁽¹⁴⁾.

Darüber hinaus ermöglicht die Generaldirektion Migration und Inneres der Kommission durch eine 2011 gegründete RAN-Arbeitsgruppe Opfern des Terrorismus weiterhin, an P/CVE-Richtlinien und -Praktiken mitzuwirken⁽¹⁵⁾. Zu guter Letzt sollen noch die EU-Richtlinien 2012/29 zu Opfern von Straftaten und 2017/541 erwähnt werden, deren Ziel es ist, die besonderen Bedürfnisse von Opfern des Terrorismus so gut wie irgend möglich zu berücksichtigen. Die genannten Richtlinien sind vermutlich das Signal, dass bisher als nationale Angelegenheiten geltende Themen wie Terrorismus und Erinnerung an Konflikte auf transnationaler Ebene eine positive Reaktion und eine schnellere Erfüllung der Bedürfnisse von Opfern des Terrorismus hervorbringen könnten, beispielsweise durch europäische Stellen, die von einer gewissen Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit in Bezug auf die zuvor genannten Faktoren profitieren: Zeit, Verantwortung und Narrative.

Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus: Status quo

Physische Gedenkstätten

Heutzutage finden wir in den europäischen Ländern, in denen Terroranschläge stattgefunden haben, diverse Gedenkstätten in Form von Denkmälern, Gedenktafeln, Bäumen, „Stolpersteinen“ oder Ausstellungen. Die meisten haben das Ziel, zu erinnern. Sie werden daher an Jahrestagen der Anschläge für öffentliche Festakte und Gedenktage genutzt, bei denen die TeilnehmerInnen hauptsächlich VertreterInnen öffentlicher Stellen sowie Angehörige der Opfer oder Überlebende sind. An manchen Gedenkveranstaltungen nehmen auch Gruppen von SchülerInnen teil, die von ihren Lehrkräften mehr oder weniger umfassend darauf vorbereitet wurden. Meist wird im Geschichtsunterricht über nationale Terroranschläge gesprochen, gelegentlich gibt es auch Aktivitäten zur Prävention von gewaltbereitem Extremismus.

⁽¹³⁾ Siehe: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/financing/tenders/documents/2008/065625/annex_1_en.pdf

⁽¹⁴⁾ Siehe: <https://ayuda11m.org/otras-publicaciones/carta-europea-de-derechos-de-las-victimas-del-terrorismo/>

⁽¹⁵⁾ Siehe: https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/topics-and-working-groups/ran-VoT_en

Museen und Häuser der Erinnerung

Bisher noch recht neu sind Museen oder Zentren bzw. Häuser der Erinnerung, die in den letzten beiden Jahrzehnten erbaut wurden. In diesen Gebäuden sind Archive, Bibliotheken, Fotoausstellungen, Videoinstallationen, Dokumente und Räume für öffentliche Veranstaltungen untergebracht. Das bekannteste Museum für Opfer des Terrorismus ist das National September 11 Memorial & Museum, eine gemeinnützige Organisation, die das 9/11 Memorial und das 9/11 Memorial Museum auf einem Teil der Fläche des ehemaligen World Trade Center betreibt ⁽¹⁶⁾. In Europa wurde als erste Gedenkstätte mit einem Museum für die Opfer des Terrorismus die spanische Fundación Centro para la Memoria de las Víctimas del Terrorismo (FCMVT) ⁽¹⁷⁾ errichtet. Hierbei handelt es sich um eine staatliche Stiftung der öffentlichen Hand, die dem Innenministerium angegliedert ist. Sie hat folgende Ziele:

- Die demokratischen und ethischen Werte, für die die Opfer des Terrorismus stehen, bewahren und verbreiten
- Das Andenken an die Opfer pflegen
- Das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten gegen Terrorismus fördern ⁽¹⁸⁾.

In Italien gibt es zwei Häuser der Erinnerung (*Casa della Memoria*) in Brescia und Mailand. Sie sind das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den örtlichen Behörden und Opferverbänden in den Jahren 2000 und 2015.

Sowohl in Spanien als auch in Italien haben das Museum bzw. die Häuser die folgenden Ziele:

- Sensibilisierung für historische Fakten rund um Terrorismus sowie erzieherische und pädagogische Aktivitäten
- Ausstellungen (Dauerausstellung und wechselnde Sonderausstellungen)
- Forschung
- Archiv, Bibliothek, Veröffentlichungen und öffentliche Veranstaltungen

Das didaktische Material der FCMVT umfasst unter anderem Unterrichtseinheiten zum Thema Terrorismus in Spanien für den Geografie- und Geschichtsunterricht im vierten Jahr an weiterführenden Schulen sowie ein Interview mit Eduardo Uriarte Romero – ein Beitrag der FCMVT zur „Exit Hate“-Kampagne des RAN, die im September 2016 gestartet wurde.

Die italienischen „Häuser“ bieten didaktische Aktivitäten für die Schulen der jeweiligen Stadt. Darüber hinaus konzentriert sich die *Casa della Memoria* in Brescia auf ihren Hauptzweck, nämlich den Erwerb von Dokumenten über den Bombenanschlag auf der *Piazza della Loggia* (1974) für eine gründliche historische Analyse, um eine möglichst vollständige Rekonstruktion der Fakten und ihrer Interpretation zu erreichen. In der *Casa della Memoria* in Mailand fand dagegen im Januar 2016 eine der ersten öffentlichen Veranstaltungen des RAN in Italien statt.

Erste Erkenntnis

Die spanischen und italienischen Fälle sind Beispiele für einen Top-down- bzw. Bottom-up-Prozess beim Errichten von Museen oder Häusern der Erinnerung für Opfer des Terrorismus. Dabei geht es jedoch

⁽¹⁶⁾ Siehe: www.911memorial.org

⁽¹⁷⁾ Siehe: www.memorialvt.com/en/

⁽¹⁸⁾ Siehe: <http://www.memorialvt.com/en/home-presentation/>

kaum um die Prävention von Radikalisierung. In beiden Ländern gibt es nationale Gesetze oder Vereinbarungen zwischen dem Staat und Verbänden, die den Opfern eine aktive Rolle in Schulen zusichern, aber meist geht es dabei darum, auf die historischen Aspekte der Terroranschläge hinzuweisen. Darüber hinaus gibt es in beiden Ländern mehrere Verbände, *Verantwortliche* für die Erinnerung an die Opfer unterschiedlicher Arten von Terrorismus, denen es aus verschiedenen Gründen kaum gelingt, miteinander und mit den Behörden zu kooperieren.

Die Situation in Norwegen

Im Hinblick auf neuere Terroranschläge finden wir beispielhafte Fälle in Norwegen. Bei den Anschlägen am 22. Juli 2011 tötete Anders Breivik zuerst acht Menschen mit einer Bombe im Regierungsviertel von Oslo und erschoss anschließend auf der Insel Utøya, auf der ein Zeltlager der sozialdemokratischen Jugendorganisation AUF stattfand, 69 Menschen (von denen 33 minderjährig waren). 495 Personen überlebten. Die Diskussionen rund um die Gedenkstätten liefern weitere Erkenntnisse über den Bau solcher Mahnmale für Opfer des Terrorismus. Drei Arten von Gedenkstätten wurden in Betracht gezogen: ein nationales Denkmal, eines auf der Insel Utøya sowie kleine, private Erinnerungsstätten.

Nationale Gedenkstätte

Einige Monate nach den Anschlägen startete die norwegische Regierung einen Wettbewerb zur Gestaltung von Gedenkstätten. Der künstlerische Vorschlag führte zu Polemik und Widerstand gegen das Verfahren, den Standort und den Zweck des Mahnmals. Die Diskussion förderte eine grundlegende Frage zu Tage: Was sollte das Ziel einer nationalen Gedenkstätte sein? an ein Trauma erinnern oder die Resilienz stärken, die Opfer ehren, „nationale Werte“ vermitteln oder etwas ganz anderes? Die norwegische Regierung kam zu keinem Schluss und konnte keine Einigung erzielen. Der Staat wurde sogar verklagt, weil er angeblich die lokale Gemeinschaft und die Landschaft durch ein „invasives“ Denkmal schädigen würde. Im Jahr 2017 wurden die Pläne aufgegeben⁽¹⁹⁾.

In der Zwischenzeit eröffneten am 22. Juli 2015 die örtlichen Behörden das Zentrum „22. juli-senteret“. Dies sollte zunächst nur ein temporäres Informationszentrum sein, wurde jedoch später in eine dauerhafte Einrichtung umgewandelt. Es befindet sich im Regierungsviertel von Oslo in einem Gebäude, das bei dem Bombenanschlag 2011 stark beschädigt wurde. (Die Reparaturen begannen erst 2020.) Das „22. juli-senteret“ ist ein Lernzentrum, das dem Gedenken an und der Vermittlung von Wissen über die Terroranschläge in Oslo und Utøya am 22. Juli 2011 dienen soll. Es ist derzeit dem Bildungs- und Forschungsministerium unterstellt und veranstaltet Ausstellungen, Vorträge sowie Besuche von SchülerInnen. Im gesamten Informationszentrum sind die Zerstörungen des Gebäudes sichtbar, die in die Gestaltung eingebunden wurden⁽²⁰⁾.

Der Fall Utøya

Während eine nationale Gedenkstätte auf nationaler Ebene Debatten auslöste, führten Überlebende, Angehörige und die Führung der AUF, der die Insel Utøya gehört, auf der das jährliche Zeltlager stattfand, ähnliche Diskussionen über die Zukunft der Insel: Welche Entscheidungen sollten getroffen werden und wie lassen sich die verschiedenen Optionen aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten? Sollte das Gelände unverändert belassen oder alles abgebrochen werden? Sollten die Aktivitäten fortgesetzt werden? Vier Jahre nach dem Anschlag, im Jahr 2015, wurden die Aktivitäten mit neuen Gebäuden wieder aufgenommen und in die Cafeteria, in der 69 Menschen ihr Leben verloren hatten, wurde ein Denkmal integriert, das die Opfer und Überlebenden darstellt. Eine weitere Erinnerungsstätte wurde weiter weg auf neutralem Grund, wo niemand getötet worden war, errichtet, damit die Angehörigen um die Opfer trauern können⁽²¹⁾.

⁽¹⁹⁾ de Roy van Zuijdewijn, Remembering Terrorism: The Case of Norway.

⁽²⁰⁾ Siehe die Website des Zentrums „22. juli-senteret“: <https://22julisenteret.no/information-in-english/>

⁽²¹⁾ de Roy van Zuijdewijn, Remembering Terrorism: The Case of Norway.

Norwegen liefert ein positives Beispiel durch die langen Gespräche, die die AUF mit Überlebenden und Angehörigen von Opfern über die Gedenkstätten auf Utøya geführt hat. Letztendlich wurde ein Konsens erzielt. Die Denkmäler wurden so gestaltet, dass die Familien nicht verpflichtet waren, ihre Namen darauf schreiben zu lassen, dies aber zu einem späteren Zeitpunkt nachholen konnten, was viele auch taten⁽²²⁾. Darüber hinaus „nutzen NRO und staatliche Einrichtungen Utøya als Möglichkeit, die Vorbereitung auf den Ernstfall zu verbessern, sowie für die Prävention von Radikalisierung“, wie Jørgen Watne Frydnes, der Leiter der Gedenkstätte Utøya, in Paris anlässlich des 16. Europäischen Gedenktags 2020 berichtete.

Zweite Erkenntnis

Die aus diesem Fall gewonnene Erkenntnis ist, dass sensible Themen maßgeschneiderte Antworten sowie die Beteiligung verschiedener Interessengruppen erfordern: Überlebende, Angehörige und AnwohnerInnen, die die Denkmäler jeden Tag sehen. Außerdem muss bei Prozessen auf nationaler Ebene eine Möglichkeit gefunden werden, verschiedene Ansichten anzuerkennen und zu respektieren. Wichtig ist, den Entscheidungsprozess selbst als Form der Erinnerung zu betrachten. Utøya hat gezeigt, dass die Unterstützung verschiedener Zielgruppen essenziell ist, um ein Gleichgewicht zwischen Trauer, Erinnerung und Resilienz zu erzielen.

Das Beispiel Norwegen zeigt, dass die Erinnerung und das Gedenken an Terroranschläge ein sensibles und ein politisches Thema ist. Gedenkstätten müssen ganz verschiedene Zielgruppen ansprechen: die Überlebenden und Angehörigen der Opfer, die allgemeine Bevölkerung und diejenigen, die mit den Denkmälern im Alltag „konfrontiert“ sind. Die Diskussionen in Norwegen rund um die Erinnerungsstätten zeigen auch die Spannung zwischen der Darstellung von Traumata und Resilienz: Soll der jeweilige Ort ein Denkmal sein oder wiederhergestellt werden? In welchem Licht wird der Anschlag gezeigt? Es gibt keine eindeutigen Antworten auf diese Fragen. In Norwegen gab es auch weiterhin Streitigkeiten. Ein kleines Denkmal wurde 2019 mit einem Hakenkreuz beschmiert und viele der jungen Überlebenden wurden durch RechtsextremistInnen bedroht. Manche haben ihre politischen Aktivitäten beendet, da sie sich nicht ausreichend von der Polizei geschützt fühlten.

„Lebende Denkmäler“

Seit 2011 ist die Rolle der Opfer des Terrorismus bei P/CVE in der Regel durch pädagogische Aspekte von Augenzeugenberichten definiert. Lebende Denkmäler werden für Bildungszwecke eingesetzt und Sensibilisierung kann als primäre Prävention betrachtet werden. Beim 7. Europäischen Gedenktag für die Opfer des Terrorismus am 11. März 2011 in Brüssel wurde argumentiert, dass die Berichte derjenigen, die tragische Ereignisse erlebt haben, „als Erinnerung dienen, um über den Dialog eine gemeinsame Wahrheit zu finden“⁽²³⁾. Daher haben Opferverbände, die an RAN-Aktivitäten beteiligt sind, verschiedene P/CVE-Aktivitäten mit „lebenden Denkmälern“ entwickelt: die Stimme oder das Zeugnis von Opfern und Überlebenden. In der RAN-Sammlung vielversprechender Praktiken⁽²⁴⁾ finden sich verschiedene Projekte mit diesen lebenden Denkmälern, die, unterstützt von den europäischen Opferverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, für die primäre und sekundäre Prävention von Radikalisierung und dabei hauptsächlich in den Bereichen Bildung und Gegennarrative eingesetzt werden.

Dritte Erkenntnis

In verschiedenen Reden bei RAN-Treffen und dem Europäischen Gedenktag für die Opfer des Terrorismus wurde darüber gesprochen, die Rolle der Opfer zu heroisieren, um ihre Geschichten von Resilienz für P/CVE-Gegennarrative oder den Bildungsbereich zu nutzen. Daher wurden im Rahmen

⁽²²⁾ ebd.

⁽²³⁾ Guglielminetti, *Le rôle des victimes du terrorisme dans la prévention de la radicalisation qui conduit au terrorisme*.

⁽²⁴⁾ Siehe: https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-best-practices_en

verschiedener europäischer Projekte Ausstellungen, Videos, webbasierte Plattformen und virtuelle Gedenkstätten entwickelt, um ihren Stimmen und Berichten Gehör zu verschaffen. Diese lebenden Denkmäler haben sich parallel zu physischen Gedenkstätten und Museen für Opfer des Terrorismus verbreitet. Die Schwachstelle dieser Erwartungen an die Opfer liegt vermutlich in einem Missverständnis: Es ist nicht möglich, der terroristischen Propaganda mit einem einfachen gegenläufigen Narrativ zu zivilen Opfern entgegenzuwirken. Wie immer bei gewalttätigen Konflikten gibt es gegensätzliches Heldentum: die PolizistInnen oder SoldatInnen gegen die TerroristInnen oder feindlichen SoldatInnen. Die zivilen Opfer entgehen jedoch üblicherweise der heroischen Rhetorik. Ihre Berichte sollen der Trauer oder einem durch ein politisches Verbrechen verursachten Trauma Bedeutung verleihen. Sie wollen keine Rache, sondern höchstens auf einen „Skandal“ hinweisen, nämlich den der politischen Gewalt, die unschuldige ZivilistInnen trifft, also die Opfer.

Programme für Frieden, Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt durch Dialog

Die dialogische Beziehung zwischen Erinnerung und Wahrheit, also radikale Multiperspektivität, wird noch untersucht. Bei einem RAN-Treffen der Arbeitsgruppen RVT und EXIT sowie des Europäischen Forums für opferorientierte Justiz wurde vor Kurzem über die Ambivalenz zwischen Erinnerung und Geschichte und die verschiedenen Konzepte von Wahrheit gesprochen. Die „Wahrheit“ kann eine Gesellschaft spalten und die Polarisierung der Erinnerungen verschärfen, wenn die Fähigkeit zum Dialog und zum Zuhören verloren geht. Die Rolle der Medien bei der Beeinflussung des historischen Bewusstseins sowie beim Einsatz der Berichte von AugenzeugInnen und anderen Personen ist eine Herausforderung beim Aufbau und der Verwaltung von Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus. Daher ist es nützlich, sich Möglichkeiten zu überlegen, verschiedene Sichtweisen auf die Wahrheit einzubinden – um ein allgemeines Zugehörigkeitsgefühl zu fördern.

Opferorientierte Justiz als Antwort auf gewaltbereiten Extremismus wurde bereits bei verschiedenen Einzelinitiativen in Europa – unter anderem in Italien, im Baskenland, in Nordirland und Frankreich – eingesetzt und dokumentiert ⁽²⁵⁾. In Italien fanden beispielsweise einige Treffen zwischen Opfern und ehemaligen TerroristInnen an einem Ort der Erinnerung statt: dem Grabdenkmal von Aldo Moro, einem Politiker, der am 16. März 1978 von der linksextremen Terrorgruppe Rote Brigaden entführt und nach 55 Tagen in Gefangenschaft getötet wurde.

Bei der opferorientierten Justiz geht es im Grunde darum, die von einem Verbrechen und/oder Konflikt Betroffenen zusammenzubringen, Kommunikation zu ermöglichen und einen Dialog zu führen, „um einen Konflikt zu identifizieren, zu verstehen und möglicherweise zu transformieren und den Schaden zu beheben“ ⁽²⁶⁾. In den Prozess sind alle an dem Konflikt Beteiligten involviert: Opfer, TäterInnen und andere, die geschädigt wurden, z. B. Familienangehörige oder NachbarInnen. Den Kern bildet die Verantwortung für den Konflikt. Ein unparteiischer und geschulter Mediator oder eine Mediatorin fördert einen fruchtbaren Dialog, bei dem allen Betroffenen außerdem die Möglichkeit gegeben wird, wieder Vertrauen zu gewinnen, um die Gemeinschaft aufzubauen und zu pflegen. Das Ziel der opferorientierten Justiz besteht darin, „BürgerInnen die Chance auf Veränderung und Wachstum zu geben, indem sie Verantwortung für ihre eigenen Konflikte und Geschichten übernehmen“ ⁽²⁷⁾.

Die opferorientierte Justiz und dialogische Vorgehensweisen sowie P/CVE-Aktivitäten konzentrieren sich auf die „dialogische Wahrheit: Dies ist die ‚komplette Wahrheit‘, das gemeinsame Narrativ, das entsteht, wenn verschiedene, durch dieselben Taten betroffene Parteien zusammenkommen, um tatsächliche Fakten (Geschichte) und subjektive Erlebnisse (Erinnerungen) der Geschehnisse auszutauschen (z. B. wenn Opfer und TäterInnen aufeinandertreffen)“ ⁽²⁸⁾. Dies bietet die Möglichkeit einer Weiterentwicklung von der

⁽²⁵⁾ Biffi, Die Rolle von opferorientierter Justiz beim Verhindern von und Reagieren auf gewalttätigen Extremismus.

⁽²⁶⁾ ebd., S. 2

⁽²⁷⁾ Biffi, Die Rolle von opferorientierter Justiz beim Verhindern von und Reagieren auf gewalttätigen Extremismus, S. 5.

⁽²⁸⁾ ebd., S. 5.

Prävention von gewaltbereitem Extremismus hin zur Friedensstiftung, wie wir am Beispiel der Tim Parry Johnathan Ball Peace Foundation sehen werden.

Teaching Divided Histories

Ein inspirierendes praktisches Beispiel für radikale Multiperspektivität ist die nordirische Initiative „Teaching Divided Histories“. Das Projekt wurde mit dem Lehrplan verknüpft und die Idee dahinter war, digitale Werkzeuge für die Untersuchung von Konflikten in Schulen einzusetzen. Geleitet wurde es vom Nerve Centre in Zusammenarbeit mit dem British Council, der Curriculum Development Unit des City of Dublin Education and Training Board, dem Council for the Curriculum, Examinations & Assessment und verschiedenen anderen Partnern. Ziel war, Wissen und Erfahrungen zwischen Nordirland und anderen von Konflikten betroffenen Gesellschaften darüber auszutauschen, wie Bildungsangebote zur Förderung von Shared Societies entwickelt werden können. Lehrkräfte von weiterführenden Schulen aus ganz Nordirland und den angrenzenden irischen Countys wurden zusammengebracht, um innovative Lehrprogramme zu entwickeln und erstmals einzusetzen. Filme, digitales Bildmaterial, Animationsfilme, Comicbücher und Webcasts sollten es Jugendlichen ermöglichen, gemeinsame Erfahrungen mit Konflikten und Friedensstiftung zu ergründen. Die Lehrkräfte wurden in verschiedenen kreativen und zentralen Bereichen geschult, damit sie Filme und digitale Technologien im Unterricht einsetzen und den Jugendlichen so eine praktische Interaktion mit den Themen Konflikt und Spaltung ermöglichen können ⁽²⁹⁾.

Die Tim Parry Johnathan Ball Peace Foundation

In diesem Zusammenhang gibt es im Vereinigten Königreich eines der besten Beispiele für eine Gedenkstätte, die den Ansatz der radikalen Multiperspektivität mit Aktivitäten für den Dialog verfolgt. Hier werden Überlebende ermutigt, sich mit Ehemaligen oder VertreterInnen der „anderen Seite“ zu treffen, um sich gegenseitig als Menschen wahrzunehmen und den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen. Die Tim Parry Johnathan Ball Peace Foundation ist eine pädagogische Friedensstiftung mit Sitz in Warrington (Vereinigtes Königreich). Sie wurde 1995 von Colin und Wendy Parry gegründet, nachdem ihr zwölfjähriger Sohn Tim und der dreijährige Johnathan Ball bei einem Bombenanschlag der Provisional Irish Republican Army in Warrington im Jahr 1993 ums Leben gekommen waren.

Die Stiftung präsentiert sich als „lebendes Denkmal“ und bietet ein einzigartiges „Friedensprogramm“, das aus verschiedenen Projekten besteht:

„Das erste Programm der Stiftung war das ‚Tim Parry Scholarship‘ ... Neue Projekte wurden entwickelt und 2001 führte die Stiftung eine Untersuchung durch, um die speziellen Bedürfnisse von Opfern des Nordirlandkonflikts in Großbritannien zu ermitteln. Auf Grundlage des Berichts wurde begonnen, diese Opfer zu unterstützen. Terroranschläge wie die vom 11. September und 7. Juli, die nach dem nordirischen Karfreitagsabkommen von 1998 stattfanden, veranlassten die Stiftung dazu, neue Programme zu entwickeln, um nicht nur mit Jugendlichen, sondern auch mit Erwachsenen und Gemeinschaften in ganz Großbritannien an Kompetenzen zur Friedensstiftung und Konfliktlösung zu arbeiten. Unsere Tätigkeit besteht aus Projekten, die stetig weiterentwickelt werden, um mit den aktuellen Herausforderungen Schritt zu halten. Wir konzentrieren uns auf junge Menschen und bieten ihnen Möglichkeiten, sich zu Führungspersönlichkeiten zu entwickeln. Außerdem arbeiten wir mit Personen, die der Gefahr von Gewalt und Extremismus ausgesetzt sind. Wir unterstützen auch Frauengruppen bei der Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen, da sie besonders gut in der Lage sind, ihre Familien und Gemeinschaften zu beeinflussen. Wir helfen britischen und in Großbritannien lebenden BürgerInnen, die Opfer oder Überlebende von Terrorismus in diesem oder einem anderen Land sind.“ ⁽³⁰⁾

Diese Stiftung aus dem Vereinigten Königreich, die seit 2011 durch ihre VertreterInnen in verschiedenen Arbeitsgruppen eine wichtige Rolle im RAN spielt, verwaltet eine Vielzahl von Programmen zur

⁽²⁹⁾ Weitere Informationen unter: <https://www.nervecentre.org/teachingdividedhistories> und https://www.britishcouncil.org/sites/default/files/teaching_divided_histories_-_international_conflict.pdf

⁽³⁰⁾ Weitere Informationen unter: <https://www.peace-foundation.org.uk/>

Unterstützung von Opfern des Terrorismus⁽³¹⁾ und für P/CVE⁽³²⁾. In Europa gibt es sonst nichts Vergleichbares. Dies ist ein lebendes Denkmal, das bei seiner P/CVE-Arbeit auf primärer und sekundärer Präventionsebene in verschiedenen Situationen und mit unterschiedlichen Zielgruppen stets auf Dialoge als wichtigsten Pfeiler setzt.

Vierte Erkenntnis

Die Tim Parry Johnathan Ball Peace Foundation sollte als Fallstudie für die Zwecke dieses Beitrags intensiv analysiert werden. Auf den ersten Blick können beim Vergleich dieser Initiative mit denen der europäischen Mitgliedstaaten, einschließlich Projekte für zukünftige Museen und Denkmäler wie die der französischen Regierung, die folgenden Stärken hervorgehoben werden:

- Eine große politische Unabhängigkeit, die typisch für die rechtliche Struktur von Stiftungen im Vereinigten Königreich ist
- Überzeugende Teambildungsfähigkeiten, die die professionelle Unterstützung von Opfern des Terrorismus und von P/CVE-Aktivitäten zusammen mit staatlichen und wissenschaftlichen Stellen ermöglicht
- Eine starke Konzentration auf Frieden, dank der Konflikte aus der Sicht der Friedensstiftung betrachtet werden, wodurch von Anfang an alle Beteiligten einbezogen und sowohl Radikalisierung als auch Resilienz berücksichtigt werden
- Die Eigendefinition als „lebendes Denkmal“ für ein großes Gebäude, die zuerst einmal paradox erscheint, aber zeigt, dass die Erinnerung unter Umständen stärker in der psychosozialen Arbeit innerhalb der Gedenkstätte weiterlebt als im zeremoniellen Gedenkaspekt einer physischen Erinnerungsstätte
- Die in den letzten beiden Punkten bereits aufscheinende Sichtweise, dass Überlebende, ehemalige KämpferInnen und Gruppen, die von gewaltbereiter Radikalisierung bedroht sind, die Personen sind, mit denen gearbeitet werden muss, um den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen

Die Philosophie hinter dieser Stiftung scheint uns zu sagen, dass die Toten (Opfer) nicht sprechen können, aber der Dienst, den wir ihnen erweisen können, anstatt ritueller Feierlichkeiten, die konkrete Sozialarbeit ist, um weitere Konflikte zu verhindern und die Wunden derer zu heilen, die bereits darunter gelitten haben.

Schlussfolgerungen

Die Rahmenbedingungen der physischen und lebenden Denkmäler für Opfer des Terrorismus deuten darauf hin, dass sowohl die Mitgliedstaaten und örtlichen Behörden als auch die Opferverbände in der Lage sind, P/CVE-Aktivitäten zur primären Prävention durchzuführen. Auf sekundärer Ebene gibt es jedoch nur wenige Einzelinitiativen für radikale Multiperspektivität, opferorientierte Justiz und Dialog, um Frieden, sozialen Zusammenhalt und Gemeinsamkeiten zu schaffen. Es ist jedoch Potenzial vorhanden, das durch die Empfehlungen im nächsten Kapitel gesteigert werden kann.

Zusammenfassend können wir anhand der drei Konzepte der Gedächtnisforschung drei Phasen bei Narrativen für die Erinnerung beschreiben, die von Opfern des Terrorismus und ihren Verbänden ausgehen:

1. Ohne öffentliche Anerkennung ihres Status als Opfer des Terrorismus bleiben diese Personen unsichtbar – weiterhin entmenschlicht und doppelt viktimisiert – und ihr Trauernarrativ folgt der „antagonistischen Form“ der Erinnerung. Sie entwickeln also Gegenerinnerungen und errichten ihre eigenen Denkmäler.
2. Nach ihrer öffentlichen Anerkennung entwickeln sie Kommunikationsmöglichkeiten gemäß der einvernehmlichen Multiperspektivität und finden zu einer kosmopolitischen Form der Erinnerung: Die Opfer des Terrorismus und der Staat einigen sich auf ein Narrativ über die gemeinsamen Werte und die

⁽³¹⁾ Siehe: <https://www.peace-foundation.org.uk/our-policies/>

⁽³²⁾ Siehe: <https://www.peace-foundation.org.uk/our-work/>

Kultur basierend auf Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Dies geschieht beispielsweise beim Europäischen Gedenktag für die Opfer des Terrorismus, in den meisten öffentlichen Zeremonien in Erinnerung an die Opfer des Terrorismus in den Mitgliedstaaten und bei Bildungs- und P/CVE-Aktivitäten auf der primären Präventionsebene. Durch diesen wichtigen Schritt erlangen die Opfer ihre Integrität als zuvor entmenschlichte Subjekte wieder.

3. Um Opfer des Terrorismus in P/CVE-Aktivitäten mit gefährdeten Gruppen junger Menschen oder radikalisierten Personen auf sekundärer oder tertiärer Präventionsebene einzubeziehen, ist jedoch ein weiterer Kommunikationsschritt hin zu einer umfassenderen pädagogischen Rolle notwendig. Die Opfer müssen dafür den Mut zum Dialog mit den Ehemaligen oder VertreterInnen der anderen Seite(n) haben, um radikale Multiperspektivität zu erreichen, also eine „agonistische Form“ der Erinnerung mit gegenseitiger Humanisierung aller an dem Konflikt beteiligten AkteurInnen.

Über die Gedenkstätten hinaus ist – aus Sicht der Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus – der Ansatz der lebenden Denkmäler, der Formen der Erinnerungsnarrative wichtig: Die Reden, Augenzeugenberichte, Lesungen, Kunstperformances, Diskussionen und Bildungsaktivitäten rund um die kleinen und großen physischen oder virtuellen Erinnerungsstätten.

Abgesehen von den positiven Ergebnissen, die durch P/CVE unter Einbeziehung der lebenden Denkmäler (Opfer des Terrorismus) erzielt werden, scheinen die meisten dieser Aktivitäten nicht kontinuierlich durchgeführt zu werden. Auch gibt es kaum mittel- und langfristige Strategien oder eine qualitative und quantitative Bewertung. Der Grund liegt in der Tatsache, dass P/CVE zum einen nicht eine der Hauptaktivitäten eines Opferverbandes sein kann, da dieser sich zuallererst um die grundlegenden Bedürfnisse der Opfer kümmern muss, zum anderen müssen wir die bereits erwähnten Probleme berücksichtigen: die Zeit, die erforderlich ist, um das Trauma zu überwinden, den Konflikt rund um die Verantwortung für die Erinnerung und die (viele) Zeit, die vergehen muss, bis sich alle AkteurInnen sicher fühlen, um eine möglichst fruchtbare Diskussion aus Sicht der radikalen Multiperspektivität oder der opferorientierten Justiz zu führen. Um die letztgenannte Ebene des Erinnerungsnarrativs zu erreichen, müssen darüber hinaus mehrere Voraussetzungen gegeben sein: positive politische und gesellschaftliche Umstände sowie ausreichende organisatorische Möglichkeiten (und finanzielle Mittel), um Interessengruppen und fachkundige PraktikerInnen einzubinden, wie wir im nächsten Kapitel sehen werden.

Empfehlungen

In Europa geht es beim Einsatz von Gedenkstätten für P/CVE meist um lebende Denkmäler – sowohl in Form von direkten (live vorgetragenen) oder indirekten Augenzeugenberichten (Ausstellungen, Bücher und Videos) als auch in Form von Erinnerungsräumen, in denen didaktische und dialogorientierte Aktivitäten stattfinden. Die RAN-Sammlung vielversprechender Praktiken enthält mehrere Beispiele. Dennoch zeigt sich hier eine mangelnde bzw. schlechte Einbindung in nationale P/CVE-Strategien. Darüber hinaus machen die unterschiedlichen historischen und politischen Hintergründe der Mitgliedstaaten sowie ihre unterschiedlichen P/CVE-Richtlinien, einschließlich der für Bildung und Erinnerungskultur, eine Übertragung von Erfahrungen schwierig. Daher sind die folgenden Empfehlungen allgemein gehalten und konzentrieren sich auf Ansätze, Grundprinzipien und Herausforderungen.

Empfehlungen für PraktikerInnen

- Mit einzelnen Opfern oder Opferverbänden zu arbeiten, bedeutet zunächst, ihnen zu helfen, „ihre Unabhängigkeit und ihren Platz in der Gesellschaft wiederzuerlangen und sie im Umgang mit der Tragödie, die sie erlebt haben, zu beraten“⁽³³⁾. PraktikerInnen sollte bewusst sein, dass das Errichten von Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus den Hauptzweck hat, deren gesellschaftliche Rolle

⁽³³⁾ Denoix de Saint Marc et al., Handbook: Voices of victims of terrorism, S. 3.

öffentlich anzuerkennen, nachdem durch einen Terroranschlag der Gesellschaftsvertrag verletzt und der soziale Zusammenhalt einer Gemeinschaft gestört wurde.

- PraktikerInnen sollte außerdem bewusst sein, dass es auf die Bedürfnisse der Opfer, einschließlich ihrer öffentlichen Anerkennung und ihres Anspruchs auf Erinnerung, unterschiedliche Reaktionen lokaler und nationaler öffentlicher Stellen geben kann, die sich wiederum im Lauf der Zeit ändern. Beim Aufbau von Gedenkstätten führt dies dazu, dass PraktikerInnen ihre Unterstützung in einem Bottom-up- oder Top-down-Prozess anbieten können, indem sie verschiedene beschreibende Formen der Erinnerung und Kommunikationsmittel nutzen. Eine multidisziplinäre Schulung für PraktikerInnen ist wichtig, um die verschiedenen Aspekte bei der Kommunikation mit und der Erinnerung an Opfer des Terrorismus zu bewältigen.
- PraktikerInnen können mit einzelnen Opfern oder Opferverbänden arbeiten, die daran interessiert sind, eine aktive Rolle in den Bereichen Bildung, Friedensstiftung und P/CVE in verschiedenen Situationen und mit unterschiedlichen Zielgruppen zu spielen. Dies bedeutet, die Opfer des Terrorismus beim Erzählen ihrer Geschichte zu unterstützen, um „von den klinischen, gesundheitsrelevanten und geschützten Aspekten [zur Bewältigung des Traumas] zu den öffentlichen, politischen und pädagogischen überzuleiten: So wird das Geschichtenerzählen eine Möglichkeit, die BürgerInnen zu stärken, indem ihnen eine Stimme verliehen wird“⁽³⁴⁾, die auf der primären Präventionsebene die Rolle von Augenzeugenberichten in Gegennarrativen spielen kann oder die der Mentorin bzw. des Mentors im „radikalen Dialog“ auf der sekundären oder tertiären Präventionsebene. PraktikerInnen müssen bedenken, dass unterschiedliche Personen für diesen Wandel unterschiedlich viel Zeit und unterschiedliche Ansätze benötigen und dass Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden sowie Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um eine erneute Traumatisierung bzw. jegliche Form der weiteren Viktimisierung zu vermeiden.
- Die opferorientierte Justiz sowie verschiedene Ansätze für den Wiederaufbau von Beziehungen sind äußerst relevant, um Spaltungen zu überwinden und Gemeinschaften nach einem Ereignis oder einer Periode der Gewalt wieder zusammenzubringen. Bei Ansätzen der opferorientierten Justiz können „die Gemeinschaft, die Opfer und die TäterInnen eine aktivere und relevantere Rolle einnehmen als es in der Regel bei strafrechtlichen Prozessen der Fall ist. Ein opferorientierter Ansatz ist immer Voraussetzung für den Erfolg dieser Initiativen“⁽³⁵⁾ und Gedenkstätten können der geeignete Ort dafür sein, aber PraktikerInnen sollten eine spezifische Schulung absolvieren – ob SozialarbeiterInnen, Lehrkräfte, in der Ausstiegsarbeit Tätige oder BewährungshelferInnen.
- Wie im RAN-Ex-post-Beitrag zum Treffen in Bilbao 2019 geschrieben: „Auch die ‚geschichtliche Bildung‘ ist von großer Bedeutung. Im Fokus dieser Bildung sollten gewaltfördernde Aspekte stehen sowie die Bedürfnisse und Missstände, die von allen Bereichen der Gesellschaft empfunden werden. Auf diese Weise sollen junge Menschen davon abgehalten werden, in Zukunft Gewalt für politische Ziele einzusetzen“⁽³⁶⁾. Den Lehrkräften sollte bewusst sein, dass der Besuch von Gedenkstätten für die Opfer des Terrorismus zu diesen Bemühungen gehört, wie dies zum Teil schon im Rahmen von Bildungsaktivitäten zur Schoa geschieht. Neben der „geschichtlichen Bildung“ ist auch die Medienkompetenz wichtig, um das kritische Denken der SchülerInnen und Jugendlichen zu fördern, die mit über das Internet verbreiteten Fake News und Verschwörungserzählungen konfrontiert sind.

Empfehlungen für politische EntscheidungsträgerInnen

- Die lokalen Behörden sind den von Terrorismus oder gewaltbereitem Extremismus betroffenen Gemeinschaften am nächsten. Daher obliegt ihnen die Resilienzpolitik zur Unterstützung der Opfer, des sozialen Zusammenhalts und von P/CVE, einschließlich der Erinnerung und entsprechender Aktivitäten. Die Erfahrung vieler Länder zeigt bei der Erfüllung der Bedürfnisse von Opfern des Terrorismus sowie beim Bau von Gedenkstätten, dass der soziale Zusammenhalt besser gestärkt wird, wenn die örtlichen

⁽³⁴⁾ Denoix de Saint Marc et al., Handbook: Voices of victims of terrorism, S. 12.

⁽³⁵⁾ Lozano Alía, Die Rolle der Opfer bei der Stärkung des sozialen Zusammenhalts nach einer Zeit der Gewalt, S. 11.

⁽³⁶⁾ ebd., S. 8.

Behörden mit den Opfern oder ihren Verbänden zusammenarbeiten. Gelegentlich ergänzen sie auch den Zentralstaat.

- Die nationalen und lokalen Behörden sollten beim Entwerfen von Modellen zur Entschädigung und Aussöhnung alle Opfergruppen berücksichtigen, Prioritäten, Anforderungen und mögliche Herangehensweisen identifizieren sowie alle Opfergruppen in die politische Debatte und die rund um die Erinnerung einbeziehen⁽³⁷⁾. Den lokalen und nationalen Behörden sollte bewusst sein, dass das Fehlen von Gedenkstätten eine politische Entscheidung ist, die die sekundäre Viktimisierung der Opfer des Terrorismus möglicherweise noch verschärft, da sie „unsichtbar“ bleiben und die Gesellschaft sie nicht anerkennt. Die Förderung des sozialen Zusammenhalts nach einer Periode der Gewalt bedeutet auf politischer Ebene daher Folgendes: „Politische Maßnahmen müssen getroffen werden, die auf den Aufbau von Beziehungen innerhalb der Gesellschaft abzielen, indem die Bedürfnisse der Opfer berücksichtigt, angemessene Entschädigungsmodelle sichergestellt und Initiativen zur Friedensstiftung gefördert und finanziert werden. Zudem muss das Andenken an die Opfer gewahrt werden“⁽³⁸⁾.
- Im Hinblick auf die Erinnerungskultur ist es Aufgabe der nationalen Behörden, sich um die Wahl des Hauptziels und des Narrativs zu kümmern. Im Ex-post-Beitrag zum Treffen in Bilbao heißt es dazu: „Nationale und lokale Behörden sollten die Begehung von Jahres- und Gedenktagen für die Opfer unterstützen und durchführen, um so darauf hinzuweisen, wie wichtig sie für den Zusammenhalt der Gemeinschaft sind“⁽³⁹⁾. In den meisten Fällen geht es bei Gedenkstätten für Opfer des Terrorismus um die Erinnerung und das Andenken. Dabei wird die kosmopolitische Form der Erinnerung gewählt, um die nationale Identität und den Zusammenhalt im Rahmen eines Versöhnungsprozesses zwischen dem Staat und den Opfern zu stärken. Die Strategien für den Umgang mit Gedenkstätten und Denkmälern in Gesellschaften mit traumatischer Vergangenheit sollten die Interaktion umstrittener Sichtweisen innerhalb eines ausgehandelten rechtlichen und politischen Widerspruchsrahmens zulassen. Die meisten gefährlichen und polarisierenden Fälle, wie die „Troubles“ in Nordirland, zeigen, wie schwer es sein kann, für eine vollständige Aussöhnung „eine gemeinsame Wahrheit, eine allgemeine Interpretation der vergangenen Gewalt zu finden, auf die sich alle Mitglieder der Gesellschaft einigen können“⁽⁴⁰⁾.
- Die Erfahrungen der meisten Mitgliedstaaten konzentrieren sich auf den Einsatz von Gedenkstätten für die Opfer des Terrorismus zur Erinnerung und Bildung. Aus Sicht der P/CVE-Politik sollten die Erkenntnisse aus den wenigen Einzelinitiativen des radikalen Dialogs, der opferorientierten Justiz oder der Gründung von Museen nach Konflikten die Mitgliedstaaten jedoch dazu ermutigen, lebende Denkmäler mit starker politischer Unabhängigkeit zu schaffen oder zu fördern. Hierbei wird die kosmopolitische Form der Erinnerung durch ein „agonistisches“ Narrativ ersetzt, das anerkennt, dass die Beziehung konfliktreich und konfrontativ sein kann ...[:] Orte für Experimente und Konfrontation als agonistische „Foren“, in denen dringende gesellschaftliche und politische Probleme direkt angesprochen werden können und wo der hegemoniale Diskurs kritisch debattiert und unterlaufen werden kann, Solidarität erzeugt werden kann, ausgrenzende Vorstellungen bekämpft werden können usw.⁽⁴¹⁾. Die Pflege (lebender) Denkmäler mit starker politischer Unabhängigkeit erfordert also, sich Zeit zu nehmen, um eine ausgewogene Kontrolle festzulegen.
- Die von den europäischen Institutionen seit 2004 bei der Förderung des Gedenkens an die Opfer des Terrorismus gespielte Rolle, einschließlich der daraus entstandenen positiven Entwicklungen auf nationaler Ebene (z. B. durch die Einführung eines nationalen Gedenktags), sowie die „Stimme“ der Opfer im RAN-Netzwerk seit 2011 deuten darauf hin, dass die europäischen EntscheidungsträgerInnen weiterhin eine supranationale Rolle einnehmen sollten, um die gesellschaftliche Anerkennung der Opfer und ihre aktive, jedoch zunehmend undankbare Rolle bei P/CVE durch Strategien und ihre Politik zu fördern. Politische EntscheidungsträgerInnen auf europäischer Ebene sollten die Mitgliedstaaten dazu ermutigen, sich so bald wie möglich um die notwendige Erinnerung und Anerkennung der Opfer des Terrorismus zu kümmern, und zwar ohne jemanden auszuschließen oder zu diskriminieren, damit diese Personen ihre Würde wiedererlangen können. Eine größere Herausforderung für die europäischen

⁽³⁷⁾ Lozano Alía, Die Rolle der Opfer bei der Stärkung des sozialen Zusammenhalts nach einer Zeit der Gewalt, S. 5.

⁽³⁸⁾ ebd., S. 12

⁽³⁹⁾ ebd., S. 5.

⁽⁴⁰⁾ Argomaniz und Lynch (Hrsg.), International Perspectives on Terrorist Victimization. An Interdisciplinary Approach, S. 8–9.

⁽⁴¹⁾ UNREST-Projekt, European Policy Synthesis, 2020, S. 13: <http://www.unrest.eu/policy-synthesis/>

Institutionen wäre, die an Gedenkstätten für die Opfer des Terrorismus Beteiligten (Mitgliedstaaten, lokale Behörden, die Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen) zu bitten, Elemente eines nicht einvernehmlichen Ansatzes zu berücksichtigen und einzubinden, also die „agonistische Form“ der Erinnerung, um eine Polarisierung der Erinnerungen zu vermeiden und die umfassendsten Programme zu P/CVE, Friedensstiftung und opferorientierter Justiz weiter zu verbessern. Hierzu gibt es zahlreiche Literatur.

- Nationale und lokale Behörden sollten von Opfern geleitete Initiativen zur Versöhnung, Friedensstiftung und opferorientierten Justiz institutionell und finanziell unterstützen. Wenn eine Kommission oder Arbeitsgruppe von nationalen oder lokalen Behörden gegründet und geleitet wird, sollten Opfer und Opfergruppen von Anfang an in die Partnerschaft und die Planung von Aktivitäten bis hin zu praktischen Maßnahmen eingebunden sein ⁽⁴²⁾.

Weiterführende Literatur

Argomaniz, J. und Lynch, O. (Hrsg.) (2016). *Victims of Terrorism: A Comparative and Interdisciplinary Study*. VEREINIGTES KÖNIGREICH: Routledge.

Bull, A. C. und Clarke, D. (2018). Administrations of memory and modes of remembering: Some comments on the Special Issue. *International Journal of Politics, Culture, and Society*, 32, 245–250. <https://doi.org/10.1007/s10767-018-9307-9>

Egbo, R. (2009). *Memorializing the Victims of Terrorism*. Research and Statistics Division Department of Justice Canada, verfügbar unter: https://www.justice.gc.ca/eng/rp-pr/cjip/victim/rr09_6/rr09_6.pdf

Tanović, S. (2019). Memorials to the Victims of Terrorism. In *Designing Memory: The Architecture of Commemoration in Europe, 1914 to the Present*. In *Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare* (S. 147–176). Cambridge: Cambridge University Press. doi:10.1017/9781108760577.004

Radicalisation Awareness Network (2019). Die Rolle der Opfer für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts nach einer Phase der Gewalt. EX-POST-BEITRAG VON RAN RVT: Wie können Opfer nach einer Phase der Gewalt zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beitragen? 20.–21. Juni 2019, Bilbao, Spanien. https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/default/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/about-ran/ran-rvt/docs/ran_rvt_the_role_of_victims_bilbao_21062019_de.pdf

Radicalisation Awareness Network (2021). Das Potenzial opferorientierter Justiz in Fällen von gewaltbereitem Extremismus und Terrorismus. https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-papers/potential-restorative-justice-cases-violent-extremism-and-terrorism-2021_en

⁽⁴²⁾ Lozano Alía, Die Rolle der Opfer bei der Stärkung des sozialen Zusammenhalts nach einer Zeit der Gewalt, S. 5.

Anhang:

Definition von Terrorismus

Alex Schmid schlug 2011 eine Definition von Terrorismus vor, die in der Wissenschaft große Zustimmung fand:

Terrorismus bezeichnet, auf der einen Seite, eine Doktrin über die angenommene Wirksamkeit einer speziellen Form oder Taktik angsterzeugender politischer Gewalt sowie, auf der anderen Seite, eine konspirative Praxis kalkulierter, demonstrativer und direkter Gewalttätigkeit ohne rechtliche oder moralische Einschränkungen, die primär auf ZivilistInnen und Nicht-KombattantInnen zielt und wegen ihrer propagandistischen, psychologischen Effekte auf verschiedene Zielgruppen und Konfliktparteien eingesetzt wird ⁽⁴³⁾.

Diese Definition ist natürlich nicht die einzig akzeptierte oder verwendete. Da eine umfassende Untersuchung der möglichen Bedeutung des Begriffs jedoch weit über die Grenzen und Ziele dieses Dokuments hinausgeht, sei auf die folgende kurze Bibliografie verwiesen:

Hoffman, B. (2003). *Inside terrorism*. New York, NY: Columbia University Press.

Lutz, J. M. und Lutz, B. J. (2004). *Global terrorism*. London/New York: Routledge.

Rinehart, J. F. (2006). *Apocalyptic faith and political violence. Prophets of terror*. New York, NY: Palgrave Macmillan.

Schmid, A. P. (2011). The definition of terrorism. In A. P. Schmid (Hrsg.) (2011), *The Routledge handbook of terrorism research* (S. 39–157). London: Routledge.

Thackrah, J. R. (1987). Terrorism: A definitional problem. In P. Wilkinson und Stewart, A. M. (Hrsg.), *Contemporary research on terrorism* (S. 24–41). Aberdeen, Vereinigtes Königreich: Aberdeen University Press.

Definition von Opfern des Terrorismus

Der Begriff „Opfer“ bezeichnet direkte oder indirekte Leidtragende einer Gewalttat, Überlebende sowie ihre Familienangehörigen.

Die folgenden Personen sollen als Opfer des Terrorismus betrachtet werden: (a) Personen, die durch einen Terrorakt getötet wurden oder schwere physische oder psychische Verletzungen erlitten haben (direkte Opfer); (b) die Angehörigen oder Familienmitglieder eines direkten Opfers (sekundäre Opfer); (c) unbeteiligte Personen, die indirekt durch einen Terrorakt getötet wurden oder schwere Verletzungen erlitten haben (indirekte Opfer); (d) potenzielle zukünftige Opfer des Terrorismus (Abs. 10D). (Diese Definition unterstützt letztendlich den Ansatz der Generalversammlung im Bericht des Menschenrechtsrats 34/30, Abs. 16) ⁽⁴⁴⁾.

Das durch Terrorismus verursachte Trauma berührt und betrifft viele Menschen, beispielsweise ErsthelferInnen am Tatort oder die Familienangehörigen der TäterInnen. Aufgrund der geografischen, sozialen und psychologischen Nähe und des generationenübergreifenden Traumas sollten wir davon ausgehen, dass Terrorismus einen großen Einfluss auf das gesellschaftliche Gefüge hat: Die Auswirkungen gehen stets über den Kreis der direkten und sekundären Opfer hinaus.

„Opfer“ ist außerdem ein anerkannter Status, der der betroffenen Person das Anrecht auf eine Entschädigung gewährt. Sie ist aber nicht nur Opfer der Täterin oder des Täters und physischer Gewalt, sondern auch der Staat wird als verantwortlich betrachtet, da es ihm nicht gelungen ist, das Recht auf Leben des Opfers zu schützen. Der Staat wird daher zur Rechenschaft gezogen, erkennt diesen Status an (oder auch nicht) und zahlt eine Entschädigung für das verursachte Leid. Meist werden zunächst Opferverbände gegründet, um für dieses Recht sowie die Anerkennung und Entschädigung durch den Staat zu kämpfen,

⁽⁴³⁾ Schmid, The Definition of Terrorism, S. 86.

⁽⁴⁴⁾ Siehe: [https://www.unodc.org/e4j/en/terrorism/module-14/key-issues/definition-of-victim.html#:~:text=The%20following%20persons%20are%20to,victims\);%20\(c\)%20innocent%20individuals](https://www.unodc.org/e4j/en/terrorism/module-14/key-issues/definition-of-victim.html#:~:text=The%20following%20persons%20are%20to,victims);%20(c)%20innocent%20individuals)

der die Opfer nicht geschützt hat. Wenn wir diesem Gedankengang weiter folgen, ergibt sich mit Blick auf die Verantwortung des Staates auch ein Versagen des politischen Systems: Der Politik ist es nicht gelungen, die Differenzen und Konflikte gewaltfrei zu lösen. Der Einsatz politischer, religiöser oder ethnischer Gewalt folgt auf die Radikalisierung. Wenn „Politik“ bedeutet, Probleme, Differenzen und Konflikte zwischen anerkannten Kontrahenten gewaltfrei zu lösen, endet die Politik, wo die Gewalt beginnt. Physische Gewalt tritt auf, wenn wir nicht mehr miteinander sprechen. Radikalisierung hin zu Gewaltbereitschaft kann als Scheitern von Dialog, gewaltfreier Konfrontation, Demokratie und Pluralismus gesehen werden. Die Opfer geraten dadurch unter Umständen in die dritte Rolle des Sündenbocks zwischen TerroristInnen und dem Staat (Terrorismusbekämpfung), weswegen sie sich gegen beide durchsetzen müssen. ⁽⁴⁵⁾

P/CVE: Präventionsebenen

Der Begriff „primäre Prävention“ bezieht sich auf Maßnahmen, die auf ganze Bevölkerungsgruppen oder jeden innerhalb einer weitgefassten Kategorie abzielen, wohingegen „sekundäre Prävention“ auf definierte Risikogruppen gerichtet ist, bei denen die Gefahr krimineller Handlungen besteht. Wir befassen uns auch mit „tertiärer Prävention“, deren Ziel radikalisierte Personen oder Menschen sind, die gewalttätige extremistische Handlungen begangen haben, welche durch politische, ethnische oder religiöse Ansichten motiviert waren. Das RAN beschreibt diese drei Ebenen folgendermaßen:

- Die primäre Prävention richtet sich an ganze Bevölkerungsgruppen oder alle innerhalb einer breiten Kategorie.
- Die sekundäre Prävention richtet sich an definierte Risikogruppen, die anfällig für Straftaten sind.
- Die tertiäre Prävention richtet sich an Problemgruppen und Einzelpersonen, die problematisches Verhalten zeigen ⁽⁴⁶⁾.

Bibliografie

Argomaniz, J. und Lynch, O. (Hrsg.) (2015). *International perspectives on terrorist victimisation. An interdisciplinary approach*. Basingstoke, Vereinigtes Königreich: Palgrave Macmillan.

Biffi, E. (2020). *Die Rolle von opferorientierter Justiz beim Verhindern von und Reagieren auf gewalttätigen Extremismus*, Ex-post-Beitrag. Dublin, Irland: Radicalisation Awareness Network, 3.–4. Dezember 2019. https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/default/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-papers/docs/ran_rvt_exit_role_of_restorative_justice_dublin_3-4_122019_de.pdf

Bjørge, T. (2020). *Erfahrungen aus der Verbrechensvorbeugung zur Verhinderung von gewalttätigem Extremismus durch die Polizei*, Themenpapier. RAN Centre of Excellence. https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/about-ran/ran-pol/docs/ran_pol_lessons_from_crime_prevention_012020_de.pdf

Bull, A. C. und Clarke, D. (2018). Administrations of memory and modes of remembering: Some comments on the Special Issue. *International Journal of Politics, Culture, and Society*, 32, 245–250. <https://doi.org/10.1007/s10767-018-9307-9>

Cento Bull, A. und Hansen, H. L. (2020). Agonistic memory and the UNREST project. *Modern Languages Open*, 2020(1), Art. 20. <https://doi.org/10.3828/mlo.v0i0.319>

Denoix de Saint Marc, G., Guglielminetti, L., Netten, J., Lacombe, S., van de Donk, M., Galesloot, J. und Woltman, P. (2016). *Handbook: Voices of victims of terrorism*. Radicalisation Awareness Network. https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-papers/docs/ran_rvt_handbook_voices_of_victims_of_terrorism_2016_de.pdf

⁽⁴⁵⁾ Guglielminetti, *Le rôle des victimes du terrorisme dans la prévention de la radicalisation qui conduit au terrorisme*; Guglielminetti, *La radicalizzazione pacifica delle vittime del terrorismo*.

⁽⁴⁶⁾ Bjørge, *Erfahrungen aus der Verbrechensvorbeugung zur Verhinderung von gewalttätigem Extremismus durch die Polizei*, S. 2.

[do/networks/radicalisation_awareness_network/about-ran/ran-rvt/docs/ran_rvt_handbook_may_2016_en.pdf](https://www.ec.europa.eu/home-affairs/sites/default/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/about-ran/ran-rvt/docs/ran_rvt_handbook_may_2016_en.pdf)

De Roy van Zuijdewijn, J. (30. September 2019). *Remembering terrorism: The case of Norway*. ICCT Publications. <https://icct.nl/publication/remembering-terrorism-the-case-of-norway/>

Guglielminetti, L. (2011). *Le rôle des victimes du terrorisme dans la prévention de la radicalisation qui conduit au terrorisme*. AIVITER. https://www.academia.edu/8409626/Le_r%C3%B4le_des_victimes_du_terrorisme_dans_la_pr%C3%A9vention_de_la_radicalisation_qui_conduit_au_terrorisme

Guglielminetti, L. (2019). La radicalizzazione pacifica delle vittime del terrorismo. In F. Sbattella (Hrsg.), *Terrorismo. Vittime contesti e resilienza* (S. 23–58). Rom: EDUCatt.

Heath-Kelly, C. (6. Juli 2016). *Why refusing to build memorials for terror attacks is a bold political statement*. The Conversation. <https://theconversation.com/why-refusing-to-build-memorials-for-terror-attacks-is-a-bold-political-statement-61556>

Lozano Alía, M. (2019). *Die Rolle der Opfer für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts nach einer Phase der Gewalt*, Ex-post-Beitrag. Bilbao, Spanien: Radicalisation Awareness Network, 20.–21. Juni. https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/default/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/about-ran/ran-rvt/docs/ran_rvt_the_role_of_victims_bilbao_21062019_de.pdf

Serranò, A. (2018). *Las víctimas del terrorismo: De la invisibilidad a los derechos*. Pamplona, Spanien: Aranzadi Thomson Reuters.

Tota, A. L. (2003). *La città ferita*. Bologna: Il Mulino.

Traverso, E. (2001). Segnalatori d'incendio. Riflessioni sull'esilio e le violenze del XX secolo. In M. Flores (Hrsg.), *Storia, verità, giustizia. I crimini del XX secolo*. Mailand: B. Mondadori.

Über die VerfasserInnen

Luca Guglielminetti ist ein unabhängiger Wissenschaftler und P/CVE-Praktiker sowie Dozent im Master-Programm MaRTe (*Prevenzione e contrasto alla radicalizzazione, al terrorismo e per le politiche di integrazione e sicurezza internazionale*) an der Universität Bergamo. Darüber hinaus gehört er dem RAN-Expertenpool an, ist Vorstandsmitglied des Verbands Leon Battista Alberti und der *Conferenza Regionale Volontariato Giustizia* (CRVG), einer Organisation für ehrenamtliche Tätigkeit im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe, sowie Gründungsmitglied von GRIST (Gruppo Italiano di Studio del Terrorismo). Zuvor arbeitete er 15 Jahre als Berater für den italienischen Opferverband AIVITER und war von 2011 bis 2015 Co-Vorsitzender der RAN-Arbeitsgruppe VVT.

Miriam Attias ist Mediatorin für Gemeinschaften/den Arbeitsplatz mit besonderem Schwerpunkt auf identitätsbezogenen Konflikten und Konflikten zwischen Gruppen. In ihrer Forschung und praktischen Tätigkeit konzentriert sie sich darauf, effiziente Präventionsmaßnahmen für den Umgang mit Polarisierung, Gewalt zwischen Gruppen sowie damit im Zusammenhang stehenden Hassverbrechen und gewaltbereitem Extremismus in Finnland zu finden und zu entwickeln.

INFORMATIONEN ZUR EU FINDEN

Internet

Informationen zur Europäischen Union in allen offiziellen EU-Sprachen finden Sie auf der Europa-Website unter: https://europa.eu/european-union/index_de

EU-Veröffentlichungen

Kostenlose und kostenpflichtige EU-Veröffentlichungen können Sie hier herunterladen oder bestellen: <https://op.europa.eu/de/publications>. Mehrere Exemplare kostenloser Publikationen können Sie über Europe Direct oder Ihr örtliches Informationszentrum anfordern (siehe https://europa.eu/european-union/contact_de).

EU-Recht und zugehörige Dokumente

Zugang zu allen rechtlichen Informationen der EU einschließlich der gesamten EU-Gesetzgebung seit 1952 in allen offiziell vorliegenden Sprachfassungen erhalten Sie bei EUR-Lex unter: <http://eur-lex.europa.eu>

Offene Daten der EU

Das Offene Datenportal der EU (<http://data.europa.eu/euodp/de>) bietet Zugriff auf Datensätze der EU. Daten können kostenlos heruntergeladen und genutzt werden, sowohl für kommerzielle als auch für gemeinnützige Zwecke.

Radicalisation Awareness Network



Publications Office
of the European Union